

Es läßt sich um die Aufstellung Chinas und um die Neuverteilung der Welt nicht streiten, und zugleich damit gewinnt die Gefahr eines kriegerischen Ueberfalls auf die Sowjetunion immer konkretere Gestalt.

Der japanische Imperialismus hat für seinen Gewaltstreik gegen die Mandchurie einen Augenblick gewählt, in dem seine Haupttruppen im Fernen Osten, Amerika und England, durch die wirtschaftliche Katastrophe gelähmt sind und ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Lösung der dringendsten wirtschaftlichen und finanziellen Probleme richten müssen. Daher haben die imperialistischen Großmächte dem japanischen Imperialismus anfangs freie Hand in der Mandchurie gelassen.

Aber jetzt ist der Augenblick gekommen, wo sie, um nicht ins Hintertreffen zu geraten, ihre Ansprüche in China geltend machen müssen. Der amerikanische Imperialismus hat die Initiative ergriffen, um die Frage der Aufstellung Chinas aufzurufen, nachdem Japan bereits den mandchurischen Boden zu verhängen begonnen hat. Aber die Zuspitzung der imperialistischen Interessenkonflikte nicht nur in China, sondern auf allen Weltmärkten, auf dem Hintergrund der Weltkrisis des Kapitalismus hat bereits einen so hohen Grad erreicht, daß eine kriegerische Verhängung der imperialistischen Räuber untereinander um die Verteilung der chinesischen Beute schon unmöglich geworden ist. Diese Konflikte und Gegensätze müssen über kurz oder lang zu einem neuen Weltkrieg führen.

In dieser Situation des sozialen latenten Kriegszustandes liegt auch der tiefere Grund für das völlige Versagen des Genfer Völkerbundes in der mandchurischen Frage. Dem Völkerbund war die Aufgabe zugegeben, die Aufstellung Chinas zu organisieren. Diese Aufgabe scheiterte an den unüberbrückbaren, ständig wachsenden Gegensätzen zwischen den imperialistischen Großmächten. Unter diesen Umständen verwandelt sich die Aufgabe, die dem Völkerbund gestellt war, in die konkrete Aufgabe der Vorbereitung des imperialistischen Krieges, dessen Überbrückung bereits heute von den mandchurischen Schlachtfeldern zu uns herüberdröhnt.

Wie jeder imperialistische Krieg, so hat auch der japanische Raubkrieg in der Mandchurie tiefe ökonomische und soziale Wurzeln. Der japanische Kapitalismus taumelt am Rande des Abgrundes. In seinen Eingeweiden wühlt die Wirtschaftskrise, die an Tiefe und Umfang der Krise in den übrigen kapitalistischen Ländern nicht nachsteht. Die industrielle Produktion befindet sich seit über einem Jahre im Zustande der Agonie. Der Außenhandel ist auf einen Bruchteil seines durchschnittlichen Umfangs zusammengeschmolzen. Kapitalmarkt und Staatsfinanzen sind völlig zusammengebrochen. Die Arbeitslosigkeit hat einen erschreckenden Umfang angenommen.

Auf dem Hintergrund des wirtschaftlichen Chaos vollzieht sich eine außerordentliche Verschärfung des Klassenkampfes. Trotz beispielloser Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung, nimmt die revolutionäre Massenbewegung einen elementaren Aufschwung. Noch nie erlebte Japan eine solche Streikwelle wie im laufenden Jahr. Die Bauern rebellieren. Massenemonstrationen sind an der Tagesordnung.

In dieser Situation fand der japanische Imperialismus seinen anderen Ausweg als den Weg eines kriegerischen Abenteuer. Auf diese Weise wollen die japanischen Kapitalisten die wertvollen Massen Japans von den inneren Schwierigkeiten ablenken, und gleichzeitig hoffen sie dadurch auf Kosten der wertvollen Massen Chinas für sich selbst einen Ausweg aus ihren hoffnungslosen wirtschaftlichen Nöten zu finden.

Aber sie haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die verbotene kommunistische Partei Japans hat sich ihren großen revolutionären Aufgaben gewachsen gezeigt. Die wertvollen Massen Japans haben unter der Führung der Kommunisten die Hoffnungen der japanischen Kapitalisten und Großgrundbesitzer enttäuscht. Noch nie hat die revolutionäre Massenbewegung so hohe Wogen geschlagen. Und noch nie hat der weiße Terror in Japan so brutale Formen angenommen, wie in diesem Augenblick.

Den schwersten Stand aber haben die wertvollen Massen Chinas, die im Gefolge des mandchurischen Kriegs vor einem neuen Kreuzzug des Weltimperialismus gegen die chinesische Revolution bedroht sind. Während die Imperialisten in Genf um die chinesische Beute feilschen, haben die reaktionären Kuomintang-Häuptlinge und Generäle, die das chinesische Volk in jahrelangen blutigen Kriegen dezimiert haben, sich in Nanjing zusammengesunden, um im Einvernehmen mit ihren imperialistischen Oberherren sich über einen gemeinsamen Feldzug gegen die chinesischen Sowjets und die kommunistische Partei Chinas vorübergehend zu verständigen. Die Tschangkaifang und Wangtschinswei, die gestern noch Armeen gegeneinander ins Feld führten, verbünden heute in Nanjing über die Verhinderung Chinas an die imperialistischen Großmächte.

Aber die chinesische Sowjetrevolution ist unbesiegt, wenn das internationale Proletariat seinen starken Arm erhebt, um seine eigenen Feinde und die Feinde der chinesischen Sowjets und der revolutionären Massen Japans niederzuschlagen. Nie war die Pflicht der internationalen brüderlichen Solidarität des Proletariats ein so dringendes Gebot der Stunde als in diesem Augenblick.

Durch die ganze Welt schallt heute der Schlußruf: Nieder mit dem japanischen Imperialismus! Nieder mit den imperialistischen Kriegstreibern! Es lebe die chinesische Sowjetrevolution! Es lebe die revolutionäre Solidarität aller Weltvölker auf dem ganzen Weltball!

ADGB und Harzburger an einem Tisch

Scharfmacher und ihre sozialdemokratische Uerzte in deutsch-französischer Kommission

Berlin, 23. Oktober (Eig. Bericht)

Die Reichsregierung hat am Mittwoch die Zusammenlegung der deutsch-französischen Kommission bekanntgegeben, die bekanntlich anlässlich des Besuchs der französischen Minister in Berlin beschaffen wurde. Die Kommission soll vor allem die Wirtschaftsverhältnisse der beiden Länder, insbesondere die Zollfragen, behandeln. Die Kommission wird ähnlich wie der Wirtschaftsausschuss der beiden Länder für die Brückenschlagung arbeiten.

Von besonderer Bedeutung ist selbstverständlich die Zusammenlegung dieser Kommission. Es ist ganz klar, daß fast nur Vertreter der Schwerindustrie, der Großgrundbesitzer und der Großbanken darin sitzen. Unter den Vertretern der Schwerindustrie ist besonders der Direktor der Vereinigten Stahlwerke, Voegen, zu nennen, bekanntlich einer der Hauptdrahtzieher der Harzburger falschen Tagung. Neben ihm sitzen die Gewerkschaftsführer Tarnow vom ADGB, Schweizer vom IAB und Vennemann vom Gewerkschaftsring. Die praktische Einheitsfront der Gewerkschaftsführer mit den Harzburger Instanzstreibern ist damit hergestellt.

Wie töhrt noch vor kurzem die Gewerkschaften gegen die Harzburger Verräter! Jetzt sitzen sie hübsch einträchtig zusammen und beraten, wie man den Wertvollen in Deutschland neu

DWB-Bonzen für 6 Prozent Lohnraub

Berlin, 23. Oktober (Eig. Meldung)

Die DWB-Führer bedürfen ihrer Karten auf. In einer Lohnabbaubehandlung, die in dem Betrieb Otis stattfand, einer Firma, die außerhalb des Industriellenverbandes steht, schlug der Vertreter des DWB, Großmann, einen Lohnabbau von 6 Prozent vor. Die Direktion forderte einen Lohnabbau von 10 Prozent. Der Vertreter des roten Metallarbeiterverbandes lehnte jedoch jeglichen Lohnabbau ab. Darauf erklärte sich der DWB-Vertreter mit einem 5prozentigen Lohnabbau einverstanden. Der Vorschlag des Beauftragten der Direktion, Uhrig, zeigt ganz eindeutig die Absichten der Blootratte, auch in den roten Metallbetrieben.

Wie ein Postenschieß muß dieser Verrat besonders unter den DWB-Mitgliedern wirken. Es kann kein Zweifel bestehen, Uhrig und seine Freunde sind fest entschlossen, einen Lohnabbau zu schließen, und diesen den Metallarbeitern aufzuzwingen.

Nazis für Lohnabbau

In der Wilhelmshütte, Grützenode (Thüringen) sind die Nazis um 12 Prozent abgehaut worden. Der Betriebsrat Mathies in Eisenach erklärte in einer Betriebsversammlung, als die Arbeiter die Wahl einer Kampfbundkommission ablehnten, daß der Verband einen Streik nicht unterstützen werde. Der Vertreter der Nazis im Betrieb schlägt einen Lohnabbau in Höhe von 10 Prozent und bei einem Arbeitsverbot von 70 Mark 20 Prozent vor.

Die Belegschaft stellte sich geschlossen gegen den Lohnabbau unter Führung der NSD. In diesem Widerstand hat die NSD die Kraft ihrer Einheitsfront und der Nationalsozialisten hat sie einmal ganz klar gezeigt.

Gondergericht gegen streifende Seeleute

Verhaftung der Mannschaften der aus dem Leningrader Hafen zurückgeführten Schiffe, protestiert in ganz Deutschland!

Auf Beschluß der Zentralen Streikleitung in Hamburg ist der allgemeine Streik der Seeleute zunächst abgedroht worden, der Kampf wird fortgesetzt unter der Parole: „Keine Ausfahrt zu der gekürzten Heuer!“

So haben auch die Mannschaften der im Hafen von Odessa und Leningrad befindlichen Schiffe die Arbeit wieder aufgenommen und die Schiffe fahren nach Deutschland zurück. Am 21. Oktober trafen 30 Schiffe vor Kiel-Holtenau ein.

Da kam Polizei auf die Dampfer und verhaftete die Mannschaften. Bis jetzt sind 120 Seeleute verhaftet worden. Diese Seeleute sollen wegen Meuterei verurteilt werden, und es wurde zu diesem Zweck auf Grund der Notverordnungen ein Sondergericht eingesetzt, der in Kiel bereits seine Tätigkeit aufgenommen hat.

Mit Gefängnis- und Zuchthausstrafen gegen Seeleute, die sich gegen einen 15prozentigen Lohnabbau wehren, will man Schrecken verbreiten und so die Durchführung der allgemeinen Lohnabbauoffensive unterstützen.

Gegen die Verhaftung und Verurteilung der Seeleute durch Sondergerichte muß die Arbeiterschaft in ganz Deutschland klammern Protest erheben. Es geht um die Verteidigung der Streikfreiheit der Arbeiter, es geht um die Abwehr eines unerhörten Vorstoßes der Reaktion. Die Arbeiter müssen sich zur bestmöglichen Einheitsfront vereinigen, um diesen Anschlag abzuwehren. Protestiert in allen Betrieben! Millionenstimmig muß die Forderung nach Freilassung der verhafteten Seeleute erhoben werden.

Kommunisten protestieren im Preußenlandtag

Sofort nach Eintreffen der ungeheuerlichen Nachricht am 22. Oktober unternahm im Preußenlandtag Genosse Wollweber einen Vorstoß gegen die ungeheuerlichen Maßnahmen, die in Kiel gegen streifende Matrosen ergriffen worden sind. Im Lottenshaus der Schloßen des Verbindungskanals Nord- und Ostsee — führte Genosse Wollweber aus — ist auf Grund der Notverordnung vom 6. Oktober d. J. ein Sondergericht eingesetzt worden, vor das die Schiffsmannschaften geschleppt wurden, die in Leningrad gestreift haben. Die Matrosen sind angeklagt der Meuterei auf Grund der alten kaiserlichen Seemannsordnung. Die Seeleute haben sich durch einen Streik gegen einen Lohnraub von 15 Prozent gewehrt. Ihr Kampf hatte Erfolg. In einer Reihe von Fällen mußten die Reeder zurückweichen und sich herbeilassen, die Seeleute zu der alten Tarifsteuer fahren zu lassen.

Schon während der Streikbewegung wurden ungeheure Polizeimaßnahmen getroffen. Jetzt schleppt man mit Hilfe der Polizei die Seeleute von den Schiffen herunter und stellt sie vor ein Sondergericht. Die kommunistische Fraktion beantragt deshalb, die Polizeibehörde anzuweisen, die Haftbefehle gegen die Seeleute nicht auszuführen und die Staatsregierung zu beauftragen, von der Reichsregierung die sofortige Aufhebung der Notverordnung zu fordern, die die Einsetzung von Sondergerichten vorsieht.

Gegen die von den Kommunisten verlangte sofortige Beschlußfassung über diesen Antrag erhob der Sozialdemokrat Bugdahn aus Hamburg-Altona Widerspruch mit der demagogischen Begründung, daß der Inhalt des Antrages einer Erörterung bedürfe. Damit verhinderte dieser Sozialdemokrat die sofortige Beschlußfassung. Die Absicht, die er damit verfolgte, ist die, daß die Matrosen auf lange Zeit hinaus in Haft bleiben und abgeurteilt werden, denn die „Erörterungen“, von denen er sprach, sind durch diesen Widerspruch ebenfalls für lange Zeit verhindert, da der Landtag am Freitag bis zum 24. November vertagt wird.

Rumpelmörder am Pranger

Die Grubenkatastrophe von Mont Cenis vor dem preußischen Landtag

Berlin, 22. Oktober. (Eig. Bericht) Im Landtag wurden am Mittwoch und Donnerstag die Arbeiterfragen debattiert. Es fanden das von der kommunistischen Fraktion eingebrachte Bergarbeitergesetz und die kommunistische Anfrage wegen der beschleunigten Stilllegung der Concordia-Grube in Hindenburg zur Beratung. Verbunden mit diesen Gegenständen war auch eine Anfrage über das Begehren auf Mont Cenis.

Das kommunistische Bergarbeitergesetz wurde von der Fraktion einschließlich der SPD im Ausschuss ohne jede Diskussion rundweg abgelehnt. Dafür werden jetzt eine Reihe von Ausschussentscheidungen dem Plenum vorgelegt, in denen die Regierung unter Berücksichtigung der fürchtbaren Erfahrungen des letzten Jahres „weiterer Ausbau der Grubenbetriebe“ verlangt wird. Es handelt sich dabei natürlich um ein Salbe, da diese Entscheidungen auf dem Papier stehen bleiben.

Der Vertreter des Grubenkapitals, Dr. v. Wallmann (Deutschl.) verteidigte das übliche „Mitgefühl“ seiner Partei mit den auf dem Felde der Ehre gelassenen Anappen und den Hinterbliebenen. Selbstverständlich bestritt er, daß von ihm Antirealistisches gesprochen werden könne.

Genosse Sobotta handmarkt die Heucheleien der kapitalistischen Vertreter. Die Kommunisten sagen: Schützt das Volk der Bergknappen, dann braucht ihr kein Mitleid zu heucheln!

Muhrkumpels beigeleht

Großes Polizeiaufgebot am Grabe

Herne, Westfalen, 23. Oktober (Eig. Meldung) Heute wurden unter Teilnahme der gesamten westfälischen Bevölkerung die 17 Todesopfer der Grube Mont Cenis zu Grabe getragen. Tausende von Arbeitern gaben den letzten Kampf das letzte Geleit. Ein ungeheures Polizeiaufgebot von über 100 Mann sorgte für „Ruhe und Ordnung“. Die Herneer Polizei ließ es sich nicht nehmen, die roten Fahnen der Arbeiter zu beschlagnahmen, während eine schwarzweißrote Fahne gehißt wurde.

Am Grabe sprachen als Vertreter der Bergarbeiter Gen. Worgul und für den roten Bergarbeiterverband Kamerad Hausladen.

2 Tote auf Beche Radbod

Ellen, 22. Oktober (Telefon). Auf der Schachtanlage Radbod sind 2 Bergleute durch Zubruchgehen einer Strecke um das Leben gekommen. Die beiden Verstorbenen konnten nach 3 Stunden geborgen werden. Bei den Verstorbenen handelt es sich um eine Familienpartei von 3 Kindern bzw. um den 23jährigen Großvater der Familie.

Gen. Lorhorst spricht in Berlin

Berlin, 23. Oktober (Eig. Meldung)

Die tausende Arbeiter, vor allem die wertvollen Frauen waren dem Ruf der revolutionären Führung gefolgt. Bis zum letzten Blig war der Saal gefüllt. Kopf an Kopf saßen die Ausgebildeten und Volkseigenen, um den Worten zu lauschen, die sie aus Not und Elend führen sollen. Mindestens zweihundert aller Anwesenden waren Frauen.

Es gilt die wertvollen Frauen fester in die rote Einheitsfront einzureihen. Nach dem Referat des Gen. Kunz sprach die zur SPD übergetretene Beigeordnete, Genossin Lorhorst, die die Duffel dar. Danach sprach Gen. Kemel. Als er beauftragt, daß Gen. Erich Weine zu keine Gedächtnis nicht vortragen dürfe, ging ein vieltausendfacher Entrüstungssturm durch den Saal. Von hümischem Beifall wurde eine SPD-Arbeiterin begrüßt, die nach einigen Tagen, sachlichen Ausführungen nach langjähriger Mitgliedschaft in der SPD ihren Uebertritt zur kommunistischen Partei erklärte.

Nach 50 Jahren SPD zur KPD!

In Neumarkt (Oberpfalz) trat im Verlaufe eines von der Ortsgruppe der KPD veranstalteten Diskussionsabends, an dem mehrere SPD-Arbeiter erschienen waren, der Arbeiter Müller nach 50jähriger Mitgliedschaft bei der SPD zur kommunistischen Partei über. Eine Anzahl weiterer SPD-Arbeiter wünschte die Fortsetzung der Diskussionsabende, um mit der KPD in Fühlung zu bleiben.

Die rote Einheitsfront marschiert. In Massen kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter zur KPD. Die rote Einheitsfront, wie der Genosse Müller, die ein Wanderschaar der Partei waren, diese voll Empörung und Wut, weil die SPD-Mitglieder, die ihr über die Notverordnungspolitik der Partei empfand, folgt dem Beispiel dieses Verräters des Sozialismus, laßt euch nicht von der Zwitterpartei der Sozialisten irreführen! Schließt die rote Einheitsfront des Proletariats! Trete ein in die KPD!

Abrechnung mit Gendewitz!

Die gestrige Gendewitz-Versammlung in Altem Feisthagen, dem größten Saal von Berlin-Neukölln, wurde bereits um 19 Uhr wegen Ueberfüllung geschlossen. Tausende und aber Tausende revolutionäre Arbeiter, die gekommen waren, um mit Gendewitz abzurechnen, fanden keinen Einlaß mehr. Der Führer der Sumpfpartei sprach über „Tolerieren oder Kämpfen?“ Seine Rede war eine maßlose Hege gegen die kommunistische Partei und die revolutionäre Presse. Mit hümischem Beifall und laulendischen Rot-Front-Rufen wurde die Vertreterin der KPD, Genossin Lorhorst, begrüßt, als sie das Wort erhielt. In glänzender Weise fertigte sie Gendewitz und das Programm der Sumpfpartei ab und führte aus, daß die Sumpfpartei mit ihrer Ideologie auf dem Boden der SPD stehe.

Nachdem sie beendet hatte, erhob sich der größte Teil der Versammlung und sang spontan und beglückert die Internationale.